

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 28.10.2025

Sitzungsdatum:	Dienstag, den 28.10.2025
Beginn:	18:16 Uhr
Ende	20:27 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Stefan Güntner

CSU-Stadtratsfraktion

Stadträtin Nina Grötsch

abwesend 19:45 Uhr bis 19:47 Uhr

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Andreas Moser

abwesend 20:03 Uhr bis 20:04 Uhr

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadträtin Sabrina Stemplowski

abwesend 19:28 Uhr bis 19:31 Uhr

Stadträtin Hiltrud Stocker

abwesend 19:28 Uhr bis 19:31 Uhr,
20:01 Uhr bis 20:04 Uhr

FW-FBW-Stadtratsfraktion

2. Bürgermeister Manfred Freitag

Stadtrat Dietrich Hermann

Stadtrat Tobias Volk

abwesend 18:49 Uhr bis 18:52 Uhr

GRÜNE-Stadtratsfraktion

Stadträtin Christa Büttner

abwesend ab 19:30 Uhr, ohne TOP
11.1

Stadträtin Dr. Gisela Kramer-Grünwald

Stadtrat Klaus Sanzenbacher

Stadträtin Andrea Schmidt

SPD-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Heisel

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Walter Vierrether

abwesend 19:33 Uhr bis 19:34 Uhr

Stadtrat Dirk Wittmann

UsW-Stadtratsgruppe

Stadtrat Werner May

Stadtrat Siegfried Müller

abwesend 19:56 Uhr bis 19:58 Uhr

KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Klaus Christof

abwesend 19:48 Uhr bis 19:50 Uhr

Stadtrat Wolfgang Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Martin Günzel
Stadträtin Bianca Tröge

abwesend 20:12 Uhr bis 20:14 Uhr

fraktionslos

Bürgermeisterin Astrid Glos

abwesend 18:03 Uhr bis 18:08 Uhr,
19:49 Uhr bis 19:51 Uhr

Stadtrat Lars Goldbach

Ortssprecher

Dieter Pfrenzing

Schriftführerin

Verwaltungsfachangestellte
Selina Oestreicher

von der Verwaltung

Pressesprecher Ralf Dieter

Berichterstatter

Dieter Brunner

Bauingenieur Oliver Graumann

Hauptamtsleiter Peter Grieb

Herr Dipl.-Ing. (FH) Jens Pauluhn

Rechtsdirektorin Susanne Schmöger

Herr Dipl.-Ing. (FH) Johannes Schrauth

Entschuldigt:**CSU-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Timo Markert

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadtrat Manfred Paul

fraktionslos

Stadtrat Uwe Hartmann

abwesend 19:15 Uhr bis 19:19 Uhr,
19:59 Uhr bis 20:01 Uhr

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Oberbürgermeister Güntner informiert das Gremium darüber, dass der Tagesordnungspunkt 7 zunächst im Stadtentwicklungsbeirat und im Bau- und Umweltausschuss vorberaten werde. Eine Beschlussfassung im Stadtrat erfolgt hierzu dann im Dezember 2025. Der Tagesordnungspunkt 7 wird daher zurückgestellt.

Ansonsten bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

**1. Aufnahme von Kommunalkrediten für die Finanzierung des Vermögenshaushalts;
hier: Neuaufnahme von 2,9 Mio. €
Vorlage: 2025/219**

Beschluss:

1. Vom Sachvortrag SiVo-Nr. 2025/219 wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen nimmt, soweit die Finanzierung des Vermögenshaushalts 2025 es erfordert, einen Kredit in Höhe von 2,9 Mio. € auf.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die näheren Vertragskonditionen auszuhandeln und festzulegen.

Hierbei werden folgende Eckdaten festgelegt:

Auszahlung: 2.900.000 €
Sollzins: der tatsächliche Zinssatz wird mit Abruf des Kredits festgeschrieben
Zinsbindung: 5 – 10 Jahre
Tilgungshöhe: Festlegung im Zuge der Angebotsabfrage durch den Oberbürgermeister
Tilgung halbjährlich: jeweils zum 30.06. und 30.12.
(frühestens erstmals zum 30.12.2025)

4. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die für die Kreditaufnahmen erforderlichen Erklärungen abzugeben.
5. Die Kreditaufnahme erfolgt auf dem dafür vorgesehenen Haushaltsansatz bei HSt. 1.9121.3776

beschlossen dafür 27 dagegen 0

OB Güntner erläutert, dass der entsprechende Beschluss bereits am 31. Juli 2025 – allerdings befristet – gefasst wurde. Es handle sich daher nicht um neue Darlehen, sondern lediglich um eine erneute Beschlussfassung um handlungsfähig zu sein.

Stadtrat Müller erkundigt sich nach den Kriterien der Zinsbindung sowie nach der gewählten Laufzeit. OB Güntner führt hierzu aus, dass eine Zinsbindung über einen Zeitraum von zehn Jahren vorgesehen ist.

**2. Kommunalwahl 2026; Bestellung des Wahlleiters und seines Stellvertreters
Vorlage: 2025/203**

Beschluss:

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Frau Astrid Haaf wird zur Wahlleiterin für die Kommunalwahl 2026 berufen.
3. Herr Frank Winterstein wird als stellvertretender Wahlleiter berufen.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

OB Güntner leitet den Tagesordnungspunkt ein, Fragen oder Anmerkungen im Gremium bestehen hierzu nicht.

3. **Vollzug Baugesetzbuch (BauGB); Bebauungsplan "Vierte Erweiterung Gewerbegebiet Südlich der B22"; Markt Schwarzach a. Main; Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB**
Vorlage: 2025/212

Beschluss:

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt, dass nachbarliche Belange der Stadt Kitzingen durch die Planungen nicht berührt oder negativ beeinträchtigt werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt das Beschlussergebnis dem Markt Schwarzach am Main mitzuteilen.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

Bauamtsleiter Graumann gibt eine kurze Sachverhaltsdarstellung hinsichtlich des Tagesordnungspunktes.
Er stellt fest, dass die Belange der Stadt Kitzingen in diesem Vorhaben nicht negativ berührt werden.

4. **Vollzug Baugesetzbuch (BauGB); Bebauungsplan "Hörblacher Straße"; Markt Großlangheim; Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB**
Vorlage: 2025/211

Beschluss:

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Markt Großlangheim mitzuteilen, dass naturschutzrechtliche und artenschutzrechtliche Belange der Stadt Kitzingen durch die Planungen berührt werden.

beschlossen dafür 23 dagegen 4

Bauamtsleiter Graumann erläutert dem Gremium auch zu dieser Beteiligung eine kurze Sachverhaltsdarstellung.

Stadtrat Sanzenbacher merkt an, dass das Vorhaben erheblich in europäisches Schutzgebiet eingreift. Er beantragt deshalb, dass Vorhaben abzulehnen.

Stadtrat Müller ergänzt, dass es sich hierbei um ein laufendes Verfahren handle. Er sehe es nicht als Aufgabe der Stadt Kitzingen an, Entscheidungen für den BUND Naturschutz zu treffen.

OB Güntner stellt fest, dass das Vorhaben sehr wohl die Belange der Stadt Kitzingen beeinträchtigen könne.

Das Gremium kommt überein, den Beschlussentwurf entsprechend abzuändern und hinsichtlich der natur- und artenschutzrechtlichen Belangen anzupassen. Die Ziffer 3 des Beschlussentwurfs fällt somit weg.

**5. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm - Wachstum und nachhaltige Erneuerung;
Bedarfsmitteilung 2026
Vorlage: 2025/214**

Beschluss:

1. Vom Sachvortrag 2025/214 wird Kenntnis genommen.
2. Das Antragsvolumen der förderfähigen Kosten für das Städtebauförderungsprogramm Wachstum und nachhaltige Erneuerung für die Haushaltsjahre 2026 - 2029 wird wie folgt festgesetzt:

	vorauss. Eigenanteil Stadt	vorauss.
Gesamtkosten		
2026:	1.292.900 €	5.981.500 €
2027:	2.007.700 €	7.158.500 €
2028:	1.307.900 €	5.634.500 €
2029:	3.043.000 €	9.581.000 €
Gesamt 2026 - 2029:	7.651.500 €	28.355.500 €

3. Die aus der Anlage ersichtlichen Einzelmaßnahmen werden zur Förderung angemeldet.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

OB Güntner verliest den Tagesordnungspunkt. Es handelt sich hierbei um keinen Beschluss über die Haushaltsmittel, der Regierung soll hier lediglich mitgeteilt werden, welche Vorhaben in Planung stehen.

Stadtrat Sanzenbacher weist darauf hin, dass künftig auf die Einheitlichkeit der Zahlen geachtet werden solle. Er merkt insbesondere an, dass im Berichtswesen eine Förderquote von 60 % genannt werde, während in der Vorlage von 80 % die Rede sei.

Sachgebietsleiter Pauluhn erläutert hierzu, dass im ursprünglichen Maßnahmebeschluss eine Förderung von 60 % vorgesehen war. Zwischenzeitlich habe sich jedoch der Förderbescheid mit dem Berichtswesen zeitlich überschritten, weswegen sich die Förderhöhe unterscheide. Die tatsächliche Förderhöhe beträgt nun endgültig 80 %.

**6. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm - Sozialer Zusammenhalt;
Bedarfsmitteilung 2026
Vorlage: 2025/213**

Beschluss:

1. Vom Sachvortrag 2025/213 wird Kenntnis genommen.
2. Das Antragsvolumen der förderfähigen Kosten für das Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt wird für die Haushaltsjahre 2026 - 2029 wie folgt festgesetzt:

	vorauss. Eigenanteil Stadt	vorauss. Gesamtkosten
2026:	193.200 €	500.500 €
2027:	58.800 €	182.000 €
2028:	103.640 €	334.100 €
2029:	97.440 €	243.600 €
Gesamt 2026 - 2029:	453.080 €	1.260.200 €

3. Die aus der Anlage ersichtlichen Einzelmaßnahmen werden zur Förderung angemeldet.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

OB Güntner erklärt, dass es auch hinsichtlich dieses Tagesordnungspunktes wieder um die Anmeldung von Fördermittel gehe.

Stadträtin Schmidt erkundigt sich, hinsichtlich des Punkt 4, ob es sich hierbei nur um die Spielplatzplanung für die Siedlung handle.

Amtsleiter Grieb entgegnete hierzu, dass es sich hierbei um ein Konzept für die ganze Stadt handelt, in der Siedlung jedoch die Grundlagen gelegt werden.

Stadträtin Schmidt erkundigt sich nach weiteren Informationen zum Programm „Sozialer Zusammenhalt“. Zudem fragt sie nach dem aktuellen Stand hinsichtlich des Notwohngebiets.

Oberbürgermeister Güntner teilt mit, dass sich das Projekt zur Obdachlosenunterkunft derzeit in Phase IV befindet.

Bauamtsleiter Graumann ergänzt, dass die Planungsarbeiten hierzu vorerst gestoppt wurden.

OB Güntner weist darauf hin, dass in den Haushaltsberatungen hierzu keine Mittel bereitgestellt worden sind. Ohne Mittel können man hier nicht handeln. Die Thematik müsse erneut in den Haushaltsberatungen diskutiert werden.

Stadtrat Müller erkundigt sich, ob die Obdachlosenunterbringung bereits durch Mietvertrag erfolgt.

Rechtsdirektorin Schmöger erläutert, dass die Obdachlosenunterbringung bereits

durch befristete Mietverträge erfolgen würde. Die Sachgebietsleiterin Frau Haaf habe hier ein genaues Auge darauf.

7. Gesamtfortschreibung Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Kitzingen; hier Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 2025/166

Beschluss:

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Aufstellung der Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplans mit integriertem Landschaftsplans wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Verfahrensschritte für die Aufstellung des Flächennutzungsplans inkl. Landschaftsplan vorzunehmen. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 werden durchgeführt.

Zurückgestellt

Oberbürgermeister Güntner informiert das Gremium darüber, dass der Tagesordnungspunkt 7 zunächst im Stadtentwicklungsbeirat und im Bau- und Umweltausschuss vorberaten werde.
Eine Beschlussfassung im Stadtrat erfolgt hierzu dann im Dezember. Der Tagesordnungspunkt 7 wird daher zurückgestellt. Einwände seitens des Gremiums bestehen nicht.

8. Haushaltsüberschreitungen

8.1. Haushaltsüberschreitung;
HSt. 4641.7180 - Tageseinrichtungen für Kinder - Verwaltung und Förderung, Zuweisung für lfd. Zwecke an die übrigen Bereiche, Betriebskostenförderung - Weiterleitung Bundesmittel
hier: Mittelbereitstellung
Vorlage: 2025/206

Vorschlag zum Beschluss:

1. Vom Sachvortrag 2025/206 wird Kenntnis genommen.
2. Die Haushaltsüberschreitung für das Haushaltsjahr 2025 bei folgender Haushaltsstelle wird genehmigt:

HSt.	Bezeichnung	Ansatz	Überschreitung
VmHh 4641 7180	Tageseinrichtung für Kinder – Verwaltung und Förderung, Zuweisung für lfd. Zwecke an die übrigen Bereiche, Betriebskostenförderung – Weiterleitung Bundesmittel.	600.000 €	25.507,00

	Bisher bereitgestellt:		66.106,00 €
	Gesamt:		91.613,00 €

Die Deckung erfolgte durch Mehreinnahmen bei der HSt. 3601 1701 Natur- und Klimaschutz, Landschaftspflege, Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Bund, Klimamanagement.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

OB Güntner erläutert kurz zum Tagesordnungspunkt, dass sich die Fördermittel mehren und dadurch die Überschreitung notwendig sei. Fragen im Gremium bestehen hierzu nicht.

**9. Dreifeldsporthalle Sickergrund - Generalsanierung;
hier: Haushaltsmittelerweiterung
Vorlage: 2025/217**

Beschluss:

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Für das Projekt Dreifeldsporthalle Sickergrund, Generalsanierung werden Mittel von insgesamt 19,8 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die in dem Stadtratsbeschluss vom 14.11.2024 genannten Gesamtkosten von 18,9 Mio. € werden um 900.000 € erweitert.
3. Im Rahmen der Gesamtkosten von 19,8 Mio. € wird für das Haushaltsjahr 2025 eine Haushaltsüberschreitung für folgende Haushaltsstelle genehmigt:

HSt.	Bezeichnung	Ansatz	Überschreitung
VmHh 5652.945 0	Gesundheit, Sport, Erholung; Dreifachsporthalle Sportzentrum Sickergrund Generalsanierung Halle	5.000.000 €	756.350 €
	Gesamt:		756.350 €
Zzgl. 5652.641 2	Dreifachsporthalle - Umsatzsteuer	960.050 €	143.650 €

Die Deckung der Mehrausgaben bei HSt. 5652 9450 erfolgt über Minderausgaben bei HSt. 6300 9562 – Breslauer Straße Straßenausbau, Bau- und Baunebenkosten (600.000 €) und bei HSt. 5830 9501 – Erneuerung Altstadt Deusterareal (156.350 €).

Die Deckung der Mehrausgabe bei HSt. 5652 6412 erfolgt durch die allgemeine Deckungsreserve 9141 8500.

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, entsprechende Deckungsvorschläge

für die o. g. Haushaltsüberschreitung, soweit dies haushaltsrechtlich erforderlich ist, zu ändern.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

Bauamtsleiter Graumann informiert über den aktuellen Stand der Generalsanierung. Dabei handelt es sich nicht um Kosten für das Gebäude selbst, sondern um Aufwendungen für die Außenanlagen. Unter diese fallen verschiedene Maßnahmen, die beispielsweise auf Forderungen der Feuerwehr zurückgehen, sowie Baustellengemeinkosten und Energiekosten.

Zudem habe es ein polizeiliches Ereignis gegeben, das den Einsatz einer Sicherheitsfirma erforderlich machte. Alle in der Sitzungsvorlage aufgeführten Mehrkosten ergeben sich aus unvorhersehbaren Umständen, die im Vorfeld nicht kalkulierbar waren.

Stadtrat Moser erkundigt sich, ob die Kosten hinsichtlich der Gewerke bereits abgerechnet sind. Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass die Gewerke vollständig abgeschlossen sind, einzelne Rechnungen würden jedoch noch ausstehen.

Auf Nachfrage von Stadtrat Müller, wann die Halle einschließlich der Außenanlagen vollständig fertiggestellt sein wird, teilt Sachgebietsleiter Schrauth mit, dass noch kleinere Restarbeiten ausstehen.

**10. Sozialstationen im Landkreis Kitzingen - Finanzierungsbeteiligung der Stadt Kitzingen für die Jahre 2026 - 2028
Vorlage: 2025/207**

Beschluss:

1. Vom Sachvortrag 2025/207 wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen leistet für die Jahre 2026 bis 2028 einen Zuschuss in Höhe von 1,00 € / Einwohner an die Sozialstationen.
3. Dieser ist zu gleichen Teilen zum 1.7. eines Jahres an die Caritas, die Diakonie sowie das BRK zu überweisen.
4. Die Mittel werden in den Haushaltsjahren 2026 – 2028 bei Hhst. 4701.7002 bereitgestellt.
5. Die Einstellung der Jahre 2026 - 2028 erfolgt aufgrund der Einwohnerzahl, welche im Haushaltsplan angegeben ist.

beschlossen dafür 23 dagegen 4

Kämmerer Brunner verweist auf die derzeitige Haushaltslage sowie auf die Möglichkeit, freiwillige Leistungen künftig zu kürzen. Darüber hinaus gibt er einen Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung des Haushaltsjahres 2026. Derzeit wird ein Zuschuss in Höhe von 2 Euro je Einwohner gewährt. Aufgrund der aktuellen finanziellen Situation ist es jedoch nicht möglich, diese Zuschusshöhe beizubehalten. Seitens der Verwaltung wird daher eine Reduzierung auf 1 Euro je Einwohner vorgeschlagen.

Stadträtin Glos bedankt sich bei Kämmerer Brunner für die klaren Worte zur

Haushaltslage.

Stadträtin Glos kommt überein, dass ein Umdenken erforderlich ist. Sie fordert hierzu jedoch einen Vergleich, wie die finanzielle Beteiligung anderer Landkreiskommunen aussehe.

Stadträtin Schmidt fordert, dass die Beteiligung zunächst für 2026 gewährt wird und dann die Thematik nochmals nachberaten werde. Außerdem spricht sie das Toilettenhäuschen am Bleichwasen an. Es wird gebeten, auch an anderen Kosten zu sparen und möglicherweise auf Luxusgüter zu verzichten.

OB Güntner weist darauf hin, dass der Vertrag am 31.12.2025 ende, von einer Nachberatung wäre hier also abzusehen. Außerdem gibt er darüber Information, dass sämtliche freiwillige Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden.

Stadtrat Moser bringt den Vorschlag ein, die Finanzbeteiligung auf zwei Jahre zu beschließen. Danach solle man sich erneut über die finanzielle Beteiligung beraten.

Stadträtin Schwab erklärt, dass sie einer Finanzbeteiligung in Höhe von einem Euro pro Einwohner grundsätzlich zustimmen könne. Gleichzeitig erwarte sie jedoch, dass im Gegenzug andere freiwillige Leistungen überprüft und gegebenenfalls gekürzt werden.

Stadtrat Heisel fordert ebenfalls ein Vergleich mit anderen Kommunen.

Ein Vergleich mit anderen Kommunen soll seitens der Verwaltung nachgereicht werden.

Der Stadtrat kommt überein, dass die Alternative 2 c des Beschlussentwurfes zur Abstimmung gestellt wird.

**11. Entsorgung Sedimententschlammung RRB's conneKT;
hier: Maßnahmenbeschluss
Vorlage: 2025/210**

Beschluss:

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, dass die Stadt Kitzingen die Entschlammung der Regenrückhaltebecken RRB 101 – conneKT Mitte und RRB 111 – conneKT West im GE „conneKT“ sowie den Abtransport und die Entsorgung der entwässerten Sedimente beauftragt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die (Liefer-/Dienstleistung) auszuschreiben. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge im Ergebnis der Ausschreibungen zu unterzeichnen.
4. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 400.000,- € wurde im Haushaltsjahr 2025 auf der Haushaltsstelle 1.7005.9580 eingestellt und werden bei Bedarf auf das Haushaltsjahr 2026 übertragen.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

Sachgebietsleiter Pauluhn gibt einleitend Informationen hinsichtlich der Maßnahme.

Stadtrat Sanzenbacher fragt an, ob es eine Analyse des Schlammes gegeben habe.

Sachgebietsleiter Pauluhn erläutert hierzu, dass jedes Becken einzeln untersucht wurde.

Größtenteils sei alles völlig verhärtet an der Oberfläche.

Stadtrat Rank fragt an, ob derzeit Regenwasser über diese Regenrückhaltebecken geleitet werde. Sachgebietsleiter Pauluhn erläutert, dass das Regenrückhaltebecken in Betrieb sei.

Rechtsdirektorin Schmöger gibt dem Gremium einen Rückblick auf die Thematik und erläutert die Hintergründe aus der Zeit des Abschlusses des städtebaulichen Vertrags.

Stadtrat Popp fragt an, was im Schreiben des Wasserwirtschaftsamtes bedeute, dass die Schieber zu öffnen bzw. gedrosselt sind.

Sachgebietsleiter Pauluhn erklärt, dass alle Schieber wieder gängig gemacht wurden. Das Drosseln heiße im Wesentlichen, dass mehr Wasser im Becken zurückgehalten werde.

11.1. Ersatzbeschaffung eines Kommunaltraktors

hier: Grundsatzbeschluss

Vorlage: 2025/163

Beschluss:

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht grundsätzlich Einverständnis zur Ersatzbeschaffung eines Kommunaltraktors für den Städt. Bauhof.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Lieferleistung auszuschreiben. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge im Ergebnis der Ausschreibung zu unterzeichnen.
4. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt 2026 als Verpflichtungsermächtigung angemeldet.

beschlossen dafür 26 dagegen 0

Sachgebietsleiter Pauluhn informiert, dass der derzeit eingesetzte Kommunaltraktor bereits zwölf Jahre alt sei. Es handelt sich dabei nicht um einen handelsüblichen Traktor, sondern um ein spezielles Modell für den kommunalen Einsatz. Grund hierfür sind die vielfältigen Anbaugeräte, die verwendet werden.

12. Auftragsvergaben

12.1. Erweiterung Kindertageseinrichtung Etwashausen; hier: Auftragsvergabe Bodenbelagsarbeiten Vorlage: 2025/208

Beschluss:

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag für die Bodenbelagsarbeiten für die Erweiterung der Kindertageseinrichtung Etwashausen wird an die Firma Christoph Dülch Raumausstatter, 97359 Schwarzach, vergeben. Die geprüfte Angebotssumme beträgt 101.055,10 € brutto

beschlossen dafür 26 dagegen 0

OB Güntner verliest den Tagesordnungspunkt und gibt den TOP zur Abstimmung.

Anmerkungen hierzu werden nicht vorgetragen.

13. Anträge von Fraktionen und Gruppen

13.1. Antrag von Bündnis '90 / Die Grünen; Schaffung eines barrierefreien Gehweges in der Fußgängerzone; hier: Beschlussfassung zum weiteren Vorgehen Vorlage: 2025/209

Beschluss:

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. In der Fußgängerzone ist ein barrierefreier Gehweg mit Anbindung an den Übergang der Alten Mainbrücke bis zum Markplatz (Ende Fl.-Nr.719) in 2026 durch den Bauhof zu schaffen.
3. Die notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von geschätzt ca. 40.000,00 € sind für 2026 bereit zu stellen.

beschlossen dafür 25 dagegen 1

Oberbürgermeister Güntner erteilt das Wort an Stadtrat Sanzenbacher.

Stadtrat Sanzenbacher gibt einleitende Informationen hinsichtlich des Antrags.

Nach reger Diskussion im Gremium kommen die Mitglieder überein, dass der Vorschlag seitens der Verwaltung angenommen werde. Allerdings solle man die Ziffer 2 darum ergänzen, dass die Arbeiten durch den Bauhof verrichtet werden.

14. Berichtswesen

Oberbürgermeister Güntner verweist auf das vorliegende öffentliche Berichtswesen zum Stadtrat 28.10.2025. Dies wird zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Sanzenbacher fragt an, wie der aktuelle Stand hinsichtlich des ZOB sei.

Sachgebietsleiter Pauluhn erläutert, dass am 30.10.2025 die Submission sei.

Stadtrat Sanzenbacher spricht außerdem den Punkt 4 – Schiffsanlegestelle an. Hierbei handele es sich auch um eine freiwillige Leistung, die nur Defizit mache. Es wird gebeten, dass die Kämmerei die Thematik prüfe.

Stadtrat Vierrether ergänzt hinsichtlich der Schiffsanlegestelle, dass man hier auf die Beteiligten zugehen solle. Die Touristinfo solle außerdem den Auftrag bekommen, die Angelegenheit zu prüfen. Außerdem spricht Stadtrat Vierrether eine mögliche Erhöhung der Gebühren von Strom und Wasser an.

Stadtrat Dr. Küntzer stimmt der Einschätzung von Stadtrat Sanzenbacher zu. Er sehe in Großfahrtschiffen keinen erkennbaren Mehrwert. Darüber hinaus ist Dr. Küntzer der Ansicht, dass sich die Touristinfo mit diesem Thema auseinandersetzen sollte.

15. Sonstiges

15.1. Anliegen Stadtrat Volk | Antrag Trimm-Dich-Pfad

Stadtrat Volk äußert seinen Unmut über seinen Antrag zum Trimm-Dich-Pfad. Hinter dem Antrag steht die Idee, diesen einfach und zeitgemäß zu gestalten. Nach gemeinsamen Begehungen mit der SG 13 wurde das Thema auch im Jugendbeirat besprochen.

Herr Volk betont, dass seit über dreieinhalb Jahren keine Maßnahmen ergriffen werden. Zudem teilt man ihm mit, dass noch Fragen zur Verkehrssicherungspflicht offen sind. Er wünscht sich klare Aussagen und konkrete Termine für die Umsetzung der Maßnahmen. Andernfalls bleibt alles beim Alten.

Amtsleiter Grieb entschuldigt sich dafür, dass seitens der Verwaltung keine Rückmeldung erfolgt, und verweist erneut auf die Verkehrssicherungspflicht.

Oberbürgermeister Güntner betont die rechtliche Lage und stellt klar, dass die Thematik keinesfalls aufgegeben wird.

Oberbürgermeister Stefan Güntner schließt die öffentliche Sitzung um 20:27 Uhr.

Vorsitz

Schriftführung

Stefan Güntner
Oberbürgermeister

Selina Oestreicher
Verwaltungsfachangestellte